

Unter Protest begleiten – oder die Antireformen der Merkel Regierung stoppen?

Das „80-Milliarden-Sparpaket“ mit seinen massiven Einschnitten in die sozialen Leistungen wurde von der Regierung Merkel am Morgen des 1. September beschlossen. Der Gesetzesentwurf soll am 13. September im Bundestag eingebracht werden.

Merkel lehnt jedes Abgehen von der „Rente mit 67“ strikt ab, die – nach allen schon erfolgten Rentenkürzungen – noch mehr Menschen der Altersarmut ausliefern wird.

Am 22. September plant das Bundeskabinett die förmliche Beschlussfassung über den von Minister Rösler vorgelegten Gesetzentwurf zur Gesundheits„reform“ – d.h. den definitiven Einstieg in die Kopfpauschale; zur Zerschlagung der paritätischen und solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung durch die Einfrierung des Arbeitgeberanteils, während die Versicherten alle Kostensteigerungen allein zahlen sollen.

Mit jedem Tag wächst der Widerstand der breiten Bevölkerungsmehrheit gegen – ein Sparpaket, mit dem die Regierung Merkel, dem Diktat von EU und IWF gehorchend, die arbeitende Bevölkerung und Jugend für die horrenden Staatsverschuldung zur Rettung der Spekulanten, der Kapitalisten und des Euro zahlen lassen will;

– eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit mit der „Rente mit 67“ und eine Gesundheits„reform“, die direkt den Forderungen der EU und der Unternehmer entsprechen, den indirekten Lohnanteil der ArbeitnehmerInnen zu senken, einen zunehmenden Teil der Beitragslast für die sozialen Abgaben den ArbeitnehmerInnen aufzubürden.

Bei all diesen Maßnahmen, beim „Sparpaket“, der „Rente mit 67“ wie der Gesundheits„reform“ geht es der Regierung Merkel nur um eines: im Interesse der Spekulanten und Unternehmer die Kosten der Krise auf die Masse der Bevölkerung, die ArbeitnehmerInnen und Jugend abzuwälzen.

Sowohl die Vertreter des DGB und der DGB-Gewerkschaften wie auch immer mehr Stimmen aus der SPD verurteilen das „Sparpaket“ mit seinen dramatischen Kürzungen im Sozialetat.

Und unüberhörbar erhebt sich die Forderung der Gewerkschaften wie der SPD nach „Weg mit der Rente mit 67“, sowie

nach

„Weg mit der Kopfpauschale – für die Wiederherstellung der Parität zwischen Kapital und Arbeit. Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin“, die z.B. die IG Metall Frankfurt ins Zentrum der Herbstaktionen stellt.

„Die Regierung legt die Axt an den Sozialstaat“ (DGB)

An den grausamen arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Regierung Merkel gibt es nichts zu korrigieren.

Die SPD-Führung dagegen tut alles, um den Widerstand und die Mobilisierung auf die Ebene „sozialverträglichere Korrekturen“ und einer durchaus protestierenden Begleitung der Antireformen der Regierung Merkel herunter zu kochen.

Gabriel versichert Merkel: „Es geht nicht darum, dass wir den Rentenbeschluss killen, sondern dass wir die Voraussetzungen schaffen.“ Und weil die SPD-Führung unter Steinmeier und Gabriel die Sorge umtreibt, dass sie auf dem SPD-Bundesparteitag am 26. September in Berlin keine Mehrheit für ihren „Rentenkompromiss“, der eine „Aufschiebung“ des Einstiegs in die „Rente mit 67“ vorschlägt, finden könnten, will sie die Debatte und eine Entscheidung der Parteitags-Delegierten schlichtweg vom Tisch fegen. Auf dem Parteitag „bedarf es keines weiteren Beschlusses“, so Gabriel zur Begründung.

„Aber ich glaube, dass schon vom SPD-Parteitag im September ein eindeutiges Signal ausgehen sollte, wonach der Beschluss von 2007 (als – forciert vom damaligen Arbeitsminister der Großen Koalition Müntefering – das Gesetz zur „Rente mit 67“ durch den Bundestag gebracht wurde – d. Red.) falsch war. Diese Botschaft muss überkommen“, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis (Stuttgarter Zeitung, 24.8.2010)

Zweifelloos wäre die Entscheidung des SPD-Parteitags für die Aufhebung der „Rente mit 67“ ein weitreichendes Signal zur Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung und Jugend an der Seite der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften gegen diese Politik der schwarz-gelben Regierung.

In diesem Sinne ergreifen SozialdemokratInnen die Initiative zu einem Aufruf

an die SPD-Abgeordneten im Parlament, das Sparpaket und die Gesundheits„reform“ mit einem klaren Nein abzulehnen und eine Initiative zu ergreifen zur Aufhebung des Gesetzes zur „Rente mit 67“.

Sie wenden sich an alle SPD-Verantwortlichen, sich ihrer Verantwortung zu stellen für die Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung und Jugend an der Seite der ArbeitnehmerInnen und ihrer Gewerkschaften im Herbst.

In den Gewerkschaften

mehren sich die Stimmen der Kollegen, die für eine massive, gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft in Betrieben und Verwaltung gegen die Sparpolitik der Regierung Merkel, die „Rente mit 67“ und die Gesundheits„reform“ eintreten. Denn es kann nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein, auf der Linie des EGB im Herbst zu völlig zersplitterten „Protestaktionen“ für „sozial akzeptable“ Korrekturen der unter dem Diktat von EU und IWF stehenden Regierungspolitik aufzurufen. Das ist nicht der Weg, um die Regierung Merkel zu stoppen.

„Ich habe mit Aufmerksamkeit die Beiträge von Gewerkschaftskollegen und sozialdemokratischen Genossen in dieser Zeitung gelesen, die sich einsetzen für einen vereinten Widerstand der arbeitenden Bevölkerung und Jugend gegen das Sparpaket und für die Rücknahme der Rente mit 67 – ohne Wenn und Aber, organisiert durch ihre Arbeitnehmerorganisationen. Ließe sich das nicht am besten verwirklichen durch eine Mobilisierung zu einer zentralen Demonstration nach Berlin zur Regierung für diese Forderungen?“, so der SPD-Genosse und Gewerkschafter Klaus Schüller in dem Interview in dieser Zeitung (S.???)

Die Bündelung aller Aktionen in einem durch Gewerkschaften und Sozialdemokraten organisierten Marsch zum Regierungssitz in Berlin, wie es von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen vorgeschlagen wird, wäre zweifellos der Weg, um die erforderliche organisierte Kraft der Arbeiterschaft in die Waagschale zu werfen, die geeignet sein kann, die Regierungsmaßnahmen, die Politik von EU und IWF, zurückzuschlagen.

Carla Boulboulé